

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX

1. Teil: Deutschland

I. Einleitung: Rückblick auf „Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System“ (1980)	3
II. Die neue Konstellation: Das Bundesverfassungsgericht nach dem Niedergang der Volksparteien	6
III. Die Reproduktion des Wissens der „Gesellschaft der Organisationen“ und ihr Wandel in der Postmoderne	54
IV. Das Bundesverfassungsgericht und der Wandel der Formen der Öffentlichkeit	70
V. Öffentliche Willensbildung: Versammlungsfreiheit, Wahlen, Parteiverbote	126
VI. BVerfG und Privatrecht: Das Exempel der Stadionverbotsentscheidung	160
VII. Eigentum, Wirtschaft, Technologie	185
VIII. Verfassungsrecht und Pluralisierung der Kultur	231
IX. Rückblick	254

2. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit – International: Die USA

I. Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in den USA	277
II. Die Lochner-Rechtsprechung des SC	289
III. Die „Post-Lochner“ Rechtsprechung des SC	303
IV. Der Wandel der Funktion des SC in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts	319
V. Die Verschärfung der Polarisierung unterschiedlicher Lebensformen und der Wandel der politischen Eliten	325
VI. Theoretische Zwischenüberlegungen zur Bedeutung des amerikanischen Beispiels für eine Theorie der Verfassungsgerichtsbarkeit	361

3. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit in Südamerika

I.	Vorbemerkung zur Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit: Die neue Kultur der Rechte	377
II.	Folgen des Mangels der stabilen Kooperation zwischen Exekutive, Parlament und Judikative und Probleme der Bundesstaatlichkeit	403
III.	Die neuere Bewegung zur Öffnung der politischen Systeme für Forderungen neuer sozialer Bewegungen – „transformativer Konstitutionalismus“	414
IV.	Die Verbreitung der Methode der „Abwägung“ in der Rechtsprechung südamerikanischer Verfassungsgerichte	434

4. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit in Osteuropa

I.	Methodische Vorüberlegungen	447
II.	Die erste Phase der Entfremdung zwischen Verfassungsgerichtsbarkeit und politischen Entscheidern	450
III.	Politische Wende (zunächst) ohne neue Verfassung?	462
IV.	Rumänien	468
V.	Zur Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Russland	476
VI.	Die Krise der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Ukraine (2020)	485

5. Teil: Zwischenüberlegung zu internationalen Verfassungsgerichten

I.	Internationalisierte Verfassungsgerichte für Nationalstaaten	491
II.	Die europäischen Quasi-Verfassungsgerichte EuGH und EGMR	494

6. Teil: Vergleichender Blick auf andere westliche Staaten Europas

I.	Italien	521
II.	Frankreich	539

	Ausblick: Niedergang des „westlichen“ Typus der Verfassungsgerichtsbarkeit und Aufstieg eines autoritären Konstitutionalismus?	545
--	--	-----

	Literaturverzeichnis	549
	Sachverzeichnis	587

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII

1. Teil: Deutschland

I. Einleitung: Rückblick auf „Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System“ (1980)	3
II. Die neue Konstellation: Das Bundesverfassungsgericht nach dem Niedergang der Volksparteien	6
1. Rückgang der parteipolitischen Prägung der Verfassungskonflikte	6
a. „Die Parteien als dynamische Faktoren des politischen Lebens im Staat“	6
b. Was heißt Repräsentation?	8
c. Das politische System und seine Moderation durch das BVerfG	13
d. Von der „Wertordnung“ zur objektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte	15
e. Der Wandel der Funktion der Abwägung als Folge der Krise des Parteiensystems	20
f. Die neue Selektion der Konflikte, die das Bundesverfassungsgericht erreichen	23
2. Die epistemische Funktion der politischen Parteien	27
3. Das Bundesverfassungsgericht – ein „begrenzttes Gericht“ – die Grenzen seiner „Abwägungen“ und der Wandel der Dogmatik im Besonderen	30
4. Was kann die Dogmatik unter den Bedingungen des Wandels des Rechts leisten? Kennt das Bundesverfassungsgericht eine Dogmatik des Verfassungsrechts?	32

5. Die Herausbildung von Verfassungsbegriffen ohne stabile Referenzen	40
6. Die Verfassung der Lebensformen	41
7. Das Wissen der Gesellschaft der Netzwerke	44
8. Die „Wissensbestände“ der Gesellschaft und der Konflikt um die Ungewissheit – „Demokratie als Konflikt“?	45
9. Partei, Repräsentation und die Durcharbeitung des Wissens . . .	47
10. Die Abhängigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit vom Wissen der Gesellschaft	51
III. Die Reproduktion des Wissens der „Gesellschaft der Organisationen“ und ihr Wandel in der Postmoderne	54
1. Die „Präsenz“ der „Singulären“ und die Politik der Unmittelbarkeit	54
2. Das gesellschaftliche Wissen und die epistemologische Seite der „Abwägung“: Die Konstruktion von „Sachverhalten“	59
3. Die Verschleifung von Normativität und Faktizität in der Gesellschaft der Organisationen	65
4. Methodenwandel in der Rechtspraxis	67
IV. Das Bundesverfassungsgericht und der Wandel der Formen der Öffentlichkeit	70
1. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Wandel der Öffentlichkeit und das Verhältnis von Verfassungsrecht und sozialen Normen: Das Exempel des Lüth-Urteils	70
a. Meinung als „unmittelbarster Ausdruck der Persönlichkeit“ . . .	70
b. Der Übergang zu den Medien der Gesellschaft der Organisationen	75
c. Die Herausforderung der Konstruktion der politischen Meinungsfreiheit durch das Internet	77
2. Die „durchgeknallte Staatsanwältin“ und die Richterin des „nationalsozialistischen Sondergerichts“: Ende des Schutzes der persönlichen Ehre auch jenseits politischer Kontroversen?	79
a. Der fortschreitende Abbau des Schutzes der „persönlichen Ehre“ als Schranke der Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 2 GG	79

b. Worin unterscheidet sich die „Schmähekritik“ von einer zulässigen „scharfen Kritik“?	82
c. Meinungsfreiheit und politische (Un-)Kultur	84
d. Ist die zunehmende Verlagerung des Grundrechtsschutzes von den Senaten des BVerfG auf die Kammern durch § 93c Abs. 1 S. 1 BVerfGG wirksam zu begrenzen?	92
3. „Klarstellung“ der Rechtsprechung zum Verhältnis von Meinungsfreiheit und persönlicher Ehre	94
4. Der organisierte Rundfunk und der Übergang in die hybride digitale Medienwelt	97
a. Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Institution des Gruppenpluralismus	97
b. Die Grenzen der Steuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter den Bedingungen der Fragmentierung	100
c. Das Rundfunkgebühren- und das Rundfunkbeitragsurteil	103
d. Das BVerfG und der disruptive Wandel des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Online-World	105
e. Was ist „disruptiv“ am Wandel der Medienwelt? Unscharfe Rechtskonflikte	107
f. Die epistemische Vorstrukturierung der Beschreibung der gesellschaftlichen Institutionen (Rundfunk) und deren Übernahme in die Rechtsprechung des BVerfG	110
g. Die epistemischen Probleme des BVerfG unter den Bedingungen des Übergangs zur „Gesellschaft der Netzwerke“: Die Orientierungsleistung der Institutionen der Organisationen geht zurück	113
h. Von den klassischen Medien der „Repräsentation“ zu den „data-driven“ digitalen Medien	117
5. Schutz des Betriebs der Suchmaschinen durch die Meinungs- und Medienfreiheit	119
a. Die neue mediale Leistung der „Kuratierung“	119
b. „Recht auf Vergessen II“ und die Rechtsstellung der Suchmaschinen	120
V. Öffentliche Willensbildung: Versammlungsfreiheit, Wahlen, Parteiverbote	126
1. Versammlungsfreiheit	126
a. Die Brokdorf-Rechtsprechung	126
b. Schwäche der Volksparteien – Wandel des Versammlungsrechts	129
c. Versammlungsfreiheit und gesellschaftliche Polarisierung	132

2. Wahlrecht	138
a. Steuerung der Politik durch Recht? – Das Exempel der neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlrecht	138
b. Sperrklausel „nach aktuellen Verhältnissen“?	142
c. Zur Legitimität der strikten Verfassungskontrolle der Wahlgesetze	144
Exkurs zur Wahlprüfungsentscheidung des Bundesverfassungs- gerichts in Sachen „Unterlassung der Verabschiedung eines Paritätsgesetzes“ für den Bundestag	147
3. Kein NPD-Verbot	149
a. Das SRP-Verfahren als Vorläufer (I)	149
b. Das KPD-Verfahren als Vorläufer (II)	150
c. Wie lassen sich Verbotskriterien konkretisieren?	151
d. „Gefährlichkeit“ als Voraussetzung eines Parteiverbots?	153
e. Rechtskraft und Bindungswirkung der Ablehnung des Verbots	156
f. Widerstand gegen eine Entscheidung zum Anspruch der NPD auf Überlassung eines öffentlichen Versammlungsraums	158
VI. BVerfG und Privatrecht: Das Exempel der Stadion- verbotsentscheidung	160
1. Die „Botschaft“ der Grundrechte „in die Gesellschaft“	160
2. Eigentum: Die „Modularisierung“ der Eigentumsordnung	164
3. Freiheit als vom Staat gelassener „Freiraum“?	168
4. Das Private ist das Reich des Machens!	172
5. Macht im Privatrecht – Macht im öffentlichen Recht	175
6. Das „Ungleichgewicht“ zwischen Privaten im Stadionverbotsfall	178
7. Kompetenzabgrenzung zwischen den Zivilgerichten und dem Bundesverfassungsgericht	180
VII. Eigentum, Wirtschaft, Technologie	185
1. Der Schutz des Eigentums vor Mietpreisbremse und Mieten- deckel: Die Verkennung des Eigentums als „bundle of rights“	185
a. Noch einmal: Die Vernachlässigung der epistemischen Seite des Eigentumsrechts	185
b. Die epistemische Seite des klassischen Eigentums – und ihr Fehlen beim „Mieteigentum“	190

c. Der Maßstab für die Bestimmung der Kontrolldichte der Prüfung von Gesetzen	193
d. Die Prüfung der „Verhältnismäßigkeit“ der Mietpreisbremse . . .	196
e. Der um seine kollektive Dimension reduzierte Eigentumsbegriff	199
f. Gesteigerte Komplexität der Entscheidung durch Vervielfältigung der auf den Wohnungsmarkt einwirkenden Faktoren	202
g. Der Verlust der institutionellen Dimension des Eigentums	204
h. Wenn der Markt „versagt“, ist der Staat der geeignete Reparateur	205
i. Wie erwirbt das Bundesverfassungsgericht sein Wissen?	208
j. Die prozedurale Vor-Wirkung der Abwägung: Verkürzung der „Einstellung der Belange“	210
k. Insbesondere: Der Wohnungsmarkt und die modulare Struktur der Eigentumsordnung	211
l. Sind liberale Freiheitsrechte und soziale Rechte „gleich“?	214
2. Entspricht das Technikrecht dem „Stand von Wissenschaft und Technik“?	216
a. Einschätzungsspielräume des Staates für die Technologie- entwicklung?	216
b. Die Dynamik der Wissenschaft und deren Verfehlung durch das Technikrecht	217
c. Das Exempel der Entscheidung zum Gentechnikrecht	221
d. Die Rolle des Einschätzungsspielraums des Staates bei der Technikregulierung unter Ungewissheitsbedingungen	224
e. Die Alternative der Zukunft: Übergang zur Regulierung in „Echtzeit“ oder ex post Beobachtung?	227
VIII. Verfassungsrecht und Pluralisierung der Kultur	231
1. „Ehe für alle“	231
a. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Beseitigung der Diskriminierung von Homosexuellen	231
b. Die Entinstitutionalisierung des Familienrechts	233
c. Ehe und Familie als Feld kultureller Erfahrung	235
2. Plurale Religionskultur und islamisches Kopftuch in öffentlichen Schulen	238
a. Die bisherige Rechtsprechung	238
b. Das Tragen des Kopftuchs als Teil einer Lebensform	240
c. Eine Gefahrgrenze für den Grundrechtsgebrauch in der Schule?	242
d. Der Verlust der kollektiven Dimension der Religionsfreiheit . . .	245

e. „Christliche und abendländische Bildungs- und Kulturwerte“ als Grundrechtsgefahr?	248
f. Religion „... is a communal phenomenon“	250
g. Nur „Achtung vor ... dem Glauben ... anderer“?	252
IX. Rückblick	254
1. Die Epistemologie der Demokratie	254
2. Verlust der Orientierungsfunktion der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts?	256
3. Das Bundesverfassungsgericht und die Zukunft der Gesellschaft	260
4. Verfassungsgerichtsbarkeit und Polarisierung	264
5. Bundesverfassungsgericht und administratives sowie fach- gerichtliches Wissen	266
6. Die präzeptorale Rolle des Bundesverfassungsgerichts gegenüber Parlament und Parteien bei Entscheidungen über die Stellung des Individuums – „außerhalb der Gesellschaft“	267
7. Dem Bundesverfassungsgericht fehlt eine politische Interpretation seiner Rolle!	271
 <i>2. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit – International: Die USA</i>	
I. Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in den USA	277
1. Vergleichende Vorbemerkung	277
2. Was sagten die „Founding Fathers“?	280
3. Die gesellschaftliche Konzeption der Erhaltung der Lebenswelten durch die Verfassung	282
4. „Rasse“ als Irritation des Grundrechtsverständnisses	284
5. Verfassungsgerichtsbarkeit als „counter-majoritarian institution“?	285
II. Die Lochner-Rechtsprechung des SC	289
1. Die Fallkonstellation	289
2. Der Übergang in die Nach-Lochner-Zeit	290
3. Das Ende der Lochner-Rechtsprechung	292

4. Der Supreme Court gibt nach – und findet seine neue Rolle	294
5. Zwischenresümee: Die Erschütterung der orientierungsbildenden gemeinsamen „Wissensbestände“	298
6. Das Auseinandertreten von gesellschaftlichen und staatlichen „Wissensbeständen“	301
III. Die „Post-Lochner“ Rechtsprechung des SC	303
1. Die überschätzte Bedeutung der „5:4“ Entscheidungen	303
2. Der Aufstieg der Grundrechtskonflikte jenseits des Streits um die Freiheiten der Wirtschaft und die Frage der „Nationalisierung der Grundrechte“	304
3. Meinungsfreiheit und „Verrat“	306
4. Common Law als „gesellschaftliches Recht“	308
5. Die Meinungsfreiheit und der Aufstieg der Presse – Meinungs- freiheit als Ausdrucksform des neuen kulturellen und politischen Pluralismus	310
6. Der Vergleich der Rechtsprechung zur gruppenbezogenen Pressefreiheit zwischen SC und BVerfG	313
IV. Der Wandel der Funktion des SC in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts	319
1. Die Zunahme von Grundrechtskonflikten jenseits der Kommunikationsfreiheiten	319
2. Die differenzierte Abstützung der neuen Anforderungen an die Moderation des SC durch politische und kulturelle Akteure	321
V. Die Verschärfung der Polarisierung unterschiedlicher Lebensformen und der Wandel der politischen Eliten	325
1. Die neuen Gegensätze in der amerikanischen Verfassungspolitik	325
2. Von der öffentlichen Auseinandersetzung über Meinungs- verschiedenheiten zur Forderung nach Anerkennung kultureller „Identitäten“ – und die Entwicklung der Eliten	330
3. Abnehmende Moderationsleistung des SC in den letzten 20 Jahren und Zunahme der Polarisierung innerhalb des Gerichts	332

4. Theoretische Zwischenüberlegungen zu anti-institutionellen Tendenzen in westlichen Ländern, insbesondere in den USA . . .	335
5. „Obamacare“ als Exempel	338
6. Insbesondere: Der Kampf um die Anerkennung des Rechts der Homosexuellen – Widerstand gegen einen „Putsch“ der Mehrheit des SC? – die Abtreibungsentscheidung Roe v. Wade	342
7. Insbesondere: „Same Sex Marriage“	347
8. Das „Recht, Waffen zu tragen“ und die Freiheit der Zahlung von Spenden an politische Parteien	351
9. Die Abspannung der Kontroverse um Formen der rechtlichen Rassendiskriminierung	352
10. Resümee: Die Polarisierung der Gesellschaft und die Polarisierung innerhalb des SC	354
Inkurs: Die Zukunft von „Textualism“, „Originalism“ und „Judicial Restraint“ in der Rechtsprechung	359

VI. Theoretische Zwischenüberlegungen zur Bedeutung des amerikanischen Beispiels für eine Theorie der Verfassungsgerichtsbarkeit 361

1. Theorien über die Verfassungsgerichtsbarkeit und ihr blinder Fleck: die neuen antiinstitutionellen Kräfte der postmodernen Gesellschaft	361
2. Wird der SC seine moderierende Rolle explizit aufgeben?	363
3. Die Probleme der „Identitätspolitik“ und des Verfalls der Institutionen	367
4. Der Verlust der Fähigkeit zur Selbstrelativierung als (verkannter) Teil der Rechtssubjektivität	371
5. Ausblick: Die Polarisierung der Verfassungsinterpretationen . . .	372

3. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit in Südamerika

I. Vorbemerkung zur Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit: Die neue Kultur der Rechte	377
1. Politische Labilität der Regierungssysteme	377

2. Klientelismus und Polarisierung im politischen System	379
3. Zwischenüberlegung zum Phänomen „präsentistischer“ Interessenvertretung der Parteien insbesondere in Brasilien	383
4. Verfassungsverstoss zum Schutz der Verfassungsgerichtsbarkeit in Peru?	388
5. Das Beispiel des Impeachment gegen Präsidentin Dilma Rousseff in Brasilien	392
II. Folgen des Mangels der stabilen Kooperation zwischen Exekutive, Parlament und Judikative und Probleme der Bundesstaatlichkeit	403
1. Verfassungsgerichtsbarkeit in föderalen Systemen	403
2. Verfassungsgerichtsbarkeit, schwach ausgebildeter Gruppen- pluralismus und die damit einhergehenden Probleme der Verlagerung der verfassungsgerichtlichen Kontrolle in den Grundrechtsschutz	404
3. Prozedurale Konsequenzen der Schwäche zivilgesellschaftlichen Infrastruktur der politischen Systeme und die unsichere institutionelle Stellung der Verfassungsgerichte	407
III. Die neuere Bewegung zur Öffnung der politischen Systeme für Forderungen neuer sozialer Bewegungen – „transformativer Konstitutionalismus“	414
1. Insbesondere: die Ablösung traditioneller positivistischer Auslegungsmethoden	414
2. Der Übergang zu einer primär an Grundrechten orientierten Verfassungskontrolle seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts	416
3. Zwischenüberlegung zur Stellung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Lateinamerika	418
4. Die Schwäche der Institutionen und die Bedingungen der Durchsetzung sozialer Grundrechte – das Beispiel des Rechts auf Gesundheit	427
5. Das kolumbianische Verfassungsgericht und das subjektive Recht des Flusses Atrato sowie des tropischen Regenwaldes auf Schutz durch die Verfassung auch ein Fall für die „Abwägung“	429

IV. Die Verbreitung der Methode der „Abwägung“ in der Rechtsprechung südamerikanischer Verfassungsgerichte . . .	434
1. Vorbemerkung zur Methode der Abwägung	434
2. Die Dominanz der Abwägung in der Literatur	436
3. Probleme der Abwägung in concreto	439
4. Abwägung innerhalb lose gekoppelter Entscheidungsnetzwerke in südamerikanischen Rechtssystemen	443
 <i>4. Teil: Verfassungsgerichtsbarkeit in Osteuropa</i> 	
I. Methodische Vorüberlegungen	447
1. Probleme der Bestimmung des politischen und kulturellen Kontexts der Verfassungsgerichtsbarkeit	447
2. Auf der Suche nach einem osteuropäischen „transformativen Konstitutionalismus“	447
II. Die erste Phase der Entfremdung zwischen Verfassungsgerichtsbarkeit und politischen Entscheidern	450
1. Von der „Westorientierung“ zu einer neuen Erscheinungsform des „Court Packing“	450
2. Verfassungsgerichtsbarkeit und „legal transplants“	454
3. Der Versuch der Verfassungsgerichte, in Polen und Ungarn die „eigentliche“ Verfassung zu schaffen	457
4. Kann ein Verfassungsgericht selbst zum populistischen Akteur werden?	460
III. Politische Wende (zunächst) ohne neue Verfassung?	462
1. Das Beispiel der Verfassungsentwicklung Polens	462
2. Insbesondere: Die offene politische Infragestellung der Unabhängigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit	464
3. Das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts zu den Grenzen der Abtreibung	466

IV. Rumänien	468
1. Die labile Verfassung Rumäniens	468
2. Die Grenzen der Bindungsfähigkeit der neuen Verfassung – Mangel an rechtsstaatlichen Traditionen	470
3. Der offene Konflikt zwischen den politischen Organen	471
4. Das Problem der endemischen Korruption und die geringe Achtung des Verfassungsgerichts in der Öffentlichkeit	473
V. Zur Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Russland	476
1. Skizze der Verfassungsentwicklung zwischen 1989 und 1993	476
2. Die unmögliche Stellung des Verfassungsgerichts in den Krisenjahren	478
3. Die gegenwärtige Stellung des Verfassungsgerichts im russischen politischen System	479
VI. Die Krise der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Ukraine (2020)	485

*5. Teil: Zwischenüberlegung zu internationalen
Verfassungsgerichten*

I. Internationalisierte Verfassungsgerichte für Nationalstaaten	491
II. Die europäischen Quasi-Verfassungsgerichte EuGH und EGMR	494
1. EGMR: Die „Caroline“-Rechtsprechung des EGMR – „Chaos from Order“: Zu den fatalen Folgen der Missachtung des „gesellschaftlichen Konstitutionalismus“	494
a. Die Rechtsprechung zu Caroline von Monaco	494
b. Die Intervention in die deutsche Rechtsprechung (2004)	496
c. Die Entscheidung zu einem Bericht der „BILD“-Zeitung – „... alles nicht so gemeint!“ (2012)	497
d. Die Caroline-Entscheidung vom 7.2.2012: „... tutto bene!“	497

2. Von der Rechtsanwendung zum „management of rules“	498
a. Rechtsprechung in einer experimentellen Ordnung	498
b. Das Beispiel eines europäischen „horizontalen Konstitutionalismus“ – die Rolle des EGMR	499
c. Das neue Modell des Prozessierens von Entscheidungen über Netzwerke	500
d. Von der Rechtsvergleichung zum „Netzvergleich“?	501
3. Zwischenüberlegung: Grenzen der Konstitutionalisierung des „Mehrebenensystems“	502
4. EuGH: Der Prozess der Öffnung der Staaten füreinander	503
a. Hat der EUV den Charakter einer Verfassung?	503
b. Europa als „Netzwerk von Netzwerken“	508
c. Die für ein Verfassungsgericht atypische Richterbestellung	511
d. Europäische Quasi-Verfassungsgerichte in einem heterogenen politischen Feld?	511
e. Ein europäischer „transformativer Konstitutionalismus“?	514
5. Ausblick auf die Entwicklungsperspektive einer europäischen Verfassungsgerichtsbarkeit	516

6. Teil: Vergleichender Blick auf andere westliche Staaten Europas

I. Italien	521
1. Historische Entwicklung	521
2. Methoden der Corte Costituzionale	523
3. Der Wandel des italienischen Parteiensystems.	525
4. Die Auseinandersetzungen um die Austeritätsgesetze – Vorentscheidung durch unterkomplexe Abwägung	527
a. Vorbemerkung	527
b. Problemverkürzung durch Abwägung	528
c. Kritik des früheren Verfassungsrichters Sabino Cassese	530
d. Kritik an der Vernachlässigung der ökonomischen Bedingungen der Austeritätsgesetzgebung	531
e. Die Verfehlung der Komplexität postmoderner Krisengesetzgebung durch die Methode der Abwägung	533
5. Die Notwendigkeit der Beachtung des Prinzips der „Rechte unter dem Gesetz“ bei sozialen Rechten	535

6. Die Normativität der Verfassung in Italien	537
II. Frankreich	539
1. Verfassungsgeschichte – Das Republikanische Paradigma	539
2. Der unsichere Status des Conseil Constitutionnel als Verfassungsgericht	540
3. Die Rolle der Methoden des Conseil Constitutionnel und sein Staatsverständnis	541
Ausblick: Niedergang des „westlichen“ Typus der Verfassungsgerichtsbarkeit und Aufstieg eines autoritären Konstitutionalismus?	545
Literaturverzeichnis	549
Sachverzeichnis	587